

Stand: 23.04.2024 14:46:06

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/2832

"Solidarität im Bildungsstreik fordert Handeln:
Einführung der Verfassten Studierendenschaft"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/2832 vom 03.12.2009
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/3634 des HO vom 02.02.2010
3. Beschluss des Plenums 16/4159 vom 11.03.2010
4. Plenarprotokoll Nr. 43 vom 11.03.2010

Antrag

der Abgeordneten **Isabell Zacharias, Natascha Kohnen, Dr. Christoph Rabenstein SPD**

Solidarität im Bildungsstreik fordert Handeln: Einführung der Verfassten Studierendenschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass die verfasste Studierendenschaft mit umfassender Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat in Bayern wieder eingeführt wird. Die Studierendenschaften werden Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Begründung

Die verfasste Studierendenschaft muss auch in Bayern eingeführt werden, um den Studierenden die eigenständige Gestaltung ihrer Mitbestimmung an den Hochschulen zu ermöglichen. Eine mündige Studierendenschaft muss auch zu solchen Fragen Stellung beziehen können, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen.

In Bayern ist die Entscheidung für eine eigenständige studentische Vertretung an Hochschulen u.E. längst überfällig. Entscheidende Aufgaben von Hochschulen und damit von Studierenden, die Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Prozessen und die kritische Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Entwicklungen werden den Studierenden seit Jahrzehnten nicht zuerkannt.

Die Studierenden brauchen als größte Gruppe der Hochschule eine Institution, in der sich ein studentischer Willens- und Meinungsprozess bilden kann. Sie sind mündige Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen ihre Rechte und Pflichten auch in den Hochschulen wahrnehmen können. Mit der Schaffung der verfassten Studierendenschaft werden die Rechte der Studierenden konkretisiert und damit mehr Rechtssicherheit für diejenigen geschaffen, die sich hochschulpolitisch engagieren.

Bayern und Baden-Württemberg sehen als einzige Bundesländer in ihren Hochschulgesetzen keine Verpflichtung zu einer Studierendenvertretung vor. Hier sind die entsprechenden Strukturen in den Jahren 1974 bzw. 1977 abgeschafft und gegen rechtlich schwächer gestellte Mitbestimmungsstrukturen ersetzt worden

Das heutige Sprecherrat-Modell ersetzt in Bayern den in den anderen Ländern bestehenden AStA (Allgemeiner Studierendenausschuss).

Die studentische Interessensvertretung ist u.E. im Vergleich zu anderen Bundesländern, die eine verfasste Studierendenschaft zulassen, um wesentliche Punkte beschnitten. Das Bayerische Hochschulgesetz sieht eine eigenständige Gestaltung der Vertretung studentischer Rechte nicht vor.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur

**Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Natascha Kohnen,
Dr. Christoph Rabenstein SPD
Drs. 16/2832**

**Solidarität im Bildungsstreik fordert Handeln:
Einführung der Verfassten Studierendenschaft**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Isabell Zacharias**
Mitberichterstatter: **Oliver Jörg**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 20. Januar 2010 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: 1 Zustimmung, 1 Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 2. Februar 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Enthaltung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Bernd Sibler
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Natascha Kohnen, Dr. Christoph Rabenstein SPD

Drs. 16/2832, 16/3634

**Solidarität im Bildungsstreik fordert Handeln:
Einführung der Verfassten Studierendenschaft**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Franz Maget

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich rufe noch Tagesordnungspunkt 11 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverdrigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(S. a. Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Außerhalb der Tagesordnung darf ich bekanntgeben, dass gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung die FDP-Fraktion ab sofort Herrn Kollegen Thomas Dechant als neues Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten benennt. Er tritt dort an die Stelle von Frau Kollegin Dr. Bulfon. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Damit haben wir das erledigt. Jetzt unterbreche ich die Sitzung bis 13.30 Uhr für eine kurze Mittagspause.

(Mittagspause von 12.45 bis 13.34 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, wir führen jetzt die Sitzung im Anschluss an die Mittagspause fort.

